

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 31. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

---

Sitzungsdatum: 14. September 2011  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.30 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Cedric Roos, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin (Entschuldigt)  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Robert Vogt  
Arnold Julier (Entschuldigt)  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin  
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Rolf Adam, Lukas Brügger, Markus Gruber, René Imhof, Florian Spiegel,  
Semra Wagner-Sakar

Abwesend: Nedim Ulusoy

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 33 Anwesende = 22

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in die **Umweltkommission**  
anstelle des zurückgetretenen Siro Imber, FDP,  
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 4021
2. Bericht des Gemeinderates vom 29.06.2011 zum Postulat  
von Cedric Roos, SVP-Fraktion, vom 15.09.2010, betreffend  
**Jugendfeuerwehr in Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3958 / A

- 
3. Bericht des Gemeinderates vom 15.06.2011 zum Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 15.12.2010, betreffend **Ganztägig mit dem Bus zum Bahnhof SBB**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3985 / A
  
  4. Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2011 zum Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, GLP, vom 10.05.2010, betreffend **Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3942 / A
  
  5. Bericht des Gemeinderates vom 24.08.2011 zur Motion von Philippe Hofmann, Evelyne Roth, Peter Brack, Lukas Brügger, Kurt Kneier, Rolf Adam, Philippe Adam und Stephan Wolf, CVP-Fraktion, vom 21.06.2011 betreffend **Zwangverschiebung von Schülerinnen und Schülern**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4014 / A
  
  6. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 06.10.2010, betreffend **Umgestaltung Baslerstrasse**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3964 / A
  
  7. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 25.03.2011, betreffend **Übermässige und ungepflegte Plakatierung**  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3997 / A
  
  8. Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 24.05.2011, betreffend **Gemeindeeigene Briefkästen**  
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 4007 / A
  
  9. Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, vom 22.10.2010, betreffend **Schriftliche Erläuterungen des Gemeinderates zu den Vorstössen**  
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3967
  
  10. Motion von Julia Gosteli, Nedim Ulusoy und Rita Urscheler, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, sowie Bericht der Kommission der Gemeindeordnung und -reglemente betreffend **Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats § 66 Redeordnung**  
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 3976 / A
  
  11. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 26.04.2010, betreffend **Kinderspielplatzkonzept**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3939
  
  12. Postulat von Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion, vom 13.12.2010, betreffend **Attraktivität des „Trämlispielflatzes“**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3982
  
  13. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 19.05.2011, betreffend **Erstellung einer Energiebuchhaltung für die Gemeinde Allschwil**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4005
  
  14. Motion von Josua M. Studer, SD, vom 18.07.2011, betreffend **Grabenringkreisel Ausfahrt Richtung Dorf**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4017

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
  - FRAGESTUNDE
- 

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 31 vom 14. September 2011**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des  
Einwohnerrates Allschwil**

Cedric Roos

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Cedric Roos**, Präsident: Ich heisse Sie alle herzlich willkommen zur heutigen Sitzung.

Während den Sommerferien gab es noch eine Mutation im Rat. Per Ende Juli ist Siro Imber als Einwohnerrat zurückgetreten. Für ihn rückt Rahel Balsiger nach.

Liebe Rahel, ich gratuliere dir nochmals recht herzlich. Deine Fraktion wird dich über deine Rechte und Pflichten als Einwohnerrat informieren. Mir bleibt daher nicht mehr, als dir viel Spass und viel Erfolg zu wünschen.

## **[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Wir kommen zu den neuen Vorstössen. Postulat von Matthias Lochmann, FDP/GLP-Fraktion, betreffend Photovoltaikanlagen auf allen Gemeindebauten in Allschwil, Motion von Josua M. Studer, SD, fraktionslos, betreffend Grabenringkreisel Ausfahrt Richtung Dorf, Verfahrenspostulat von Josua M. Studer, SD, fraktionslos, betreffend Bildung einer Spezialkommission Verkehr.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich frage den Rat, ob es Änderungsanträge gibt? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zu Traktandum 1.

610 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Wahl eines Mitgliedes in die Umweltkommission anstelle des zurückgetretenen Siro Imber, FDP, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 4021

---

**Cedric Roos**, Präsident: Die FDP schlägt Matthias Lochmann vor. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Wird die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Damit ist Herr Lochmann gewählt, ich gratuliere Ihnen.

611 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Bericht des Gemeinderates vom 29.06.2011 zum Postulat von Cedric Roos, SVP-Fraktion, vom 15.09.2010, betreffend Jugendfeuerwehr in Allschwil  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3958 / A

---

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident: Ich gebe das Wort dem Postulanten Cedric Roos, SVP-Fraktion.

**Cedric Roos**, SVP-Fraktion: Herr Vizepräsident, werte Anwesende. Vor ziemlich genau einem Jahr habe ich dieses Postulat eingereicht. Obwohl der Gemeinderat Pfaff mein Postulat damals mit mittelgrosses Skepsis entgegengenommen hat, sagte er bereits vor einem Jahr, die interessantesten Vorstösse sind diejenigen, bei denen man nicht im Vorherein weiss, was dabei herauskommt. Die Idee sei sicher prüfenswert, doch sei er sich nicht so sicher, ob das Anliegen aufgrund personeller Ressourcen überhaupt möglich wäre. Heute wissen wir mehr und der Gemeinderat Pfaff spricht mittlerweile von einem Selbstläufer. Darum möchte ich es an dieser Stelle nicht unterlassen, den drei Hauptakteuren, die heute anwesend sind, zu danken für die Arbeit, die sie leisten. Namentlich sind das Pascal Muller, Thomas Marcandi und Patrick Meury, vielen Dank. Erfreulich ist, dass beim Bau des Feuerwehrmagazins

---

Änderungen zugunsten der Jugendfeuerwehr vorgenommen wurden. Ich danke allen, die an diesem Projekt mitgedacht haben. Zuletzt möchte ich noch einen kurzen Werbespot platzieren. Wenn das Geschäft angenommen wird, dann findet bereits Ende Monat die erste Informationsveranstaltung statt. Die provisorischen Daten, ohne Gewähr, sind der 29. und der 30. September. Über die Informationsveranstaltung wird separat informiert. Vor diesem Hintergrund empfehle ich dem Einwohnerrat den Anträgen des Gemeinderates zu folgen und die Kosten für die Feuerwehr zu genehmigen.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Meine Skepsis vor einem Jahr hat sich darauf begründet, dass das Thema nicht neu war im Departement und bei der Feuerwehr. Man hat die Thematik Jugendfeuerwehr bereits zu einem früheren Zeitpunkt diskutiert. Man hat dann aber davon abgesehen wegen dem enormen zeitlichen Aufwand, den es mit sich bringt. Wenn wir von zeitlichem Aufwand reden, dann reden wir von Arbeit, die diese Leute in ihrer Freizeit leisten. Cedric Roos ist es gelungen, genau den richtigen Zeitpunkt zu wählen. In der Zwischenzeit ist die Rekrutierung von Feuerwehrleuten noch schwieriger geworden. In der Zwischenzeit hat man auch in Nachbargemeinden bereits positive Erfahrungen gesammelt. Die Jugendfeuerwehr ist kein Luftschloss mehr, sondern man konnte schauen, wie es andere machen, welche Erfahrungen sie machen und wie viel Aufwand es bringt. Es war eine kleine Überraschung, denn es haben sich spontan drei Offiziere gemeldet und gesagt, dass sie bereit sind, diesen Mehraufwand auf sich zu nehmen. Im Zuschauerraum sind zwei von den drei Leuten anwesend, Thomas Marcandi, Leutnant in der Feuerwehr und Pascal Müller, auch Leutnant in der Feuerwehr und designierter Leiter der Jugendfeuerwehr. Aufgrund der positiven Erfahrungen, die gemacht wurden, weiss man, dass es einen Aufwand gibt. Wir reden von einmal monatlich eine Übung vorzubereiten und durchzuführen. Es zeichnet sich aber auch ein Erfolg ab. Es gibt regelmässig Leute, die sagen, wenn sie 18 werden, dass es ihnen immer noch gefällt und dass sie regulär in die Feuerwehr möchten. Das ist der Aufwand wert. Jeder Bub und fast jedes Mädchen finden die Feuerwehr toll und lustig, aber irgendwann in der Jugendzeit verliert sich das Interesse. Und wenn wir junge Erwachsene versuchen zu rekrutieren, dann haben wir Schwierigkeiten. Vielleicht gelingt es uns mit der Jugendfeuerwehr die Brücke zu schlagen zwischen der kindlichen Neugier und den Jugendlichen, um sie auf dem richtigen Niveau abzuholen und ihnen einen interessanten Übungsbetrieb auf ihrem Niveau zu bieten, um die Sinnhaftigkeit der Feuerwehr, aber auch das Interesse der Feuerwehr und den ehrenamtlichen Aspekt der Feuerwehr aufzuzeigen, damit sie bereit sind, in Zukunft als aktiver Feuerwehrmann oder Feuerwehrfrau sich in die Gemeinschaft einzubringen. Wir können heute auf klare Strukturen zurückgreifen. Es werden diverse Kosten vom Kanton übernommen, sodass wir, abgesehen vom zeitlichen Aufwand, mit bescheidenen Kosten zu einer Jugendfeuerwehr kommen. Im ersten Jahr mit Initialkosten sind es CHF 10'500 und zukünftig dann noch knapp CHF 7'000. Das ist ein Glücksfall, dass wir so günstig zu einer bewährten Massnahme kommen, die uns zukünftig nicht viel, aber doch immerhin regelmässig ein paar Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner zuspähen sollte. Ich bitte Sie, diesen Kosten zuzustimmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Die Feuerwehr Allschwil ist zwar keine Stützpunktfeuerwehr, aber sie ist sehr motiviert, gut ausgebildet und gut ausgerüstet. Bald haben wir ein wunderbares Depot, das noch viel mehr motiviert, bei der Feuerwehr mitzumachen. Gemeinderat Pfaff hat es richtig gesagt, dass Junge schnell Interesse haben, aber das Interesse kann verfliegen. Es ist wichtig, dass wir die Jungen abholen. Wenn wir ihnen ein spezielles Programm anbieten, das auf sie zugeschnitten ist, dann ist das nur zu begrüssen. Ich finde es wichtig, dass die Jungen abgeholt werden. Heute möchten sie sich nicht mehr gross engagieren. Wenn sie eine Motivation haben und zur Feuerwehr kommen möchten, dann werden sie uns auch erhalten bleiben und sehr gute Rekruten und später Offiziere werden. Wir wissen von den jährlichen Feuerwehrübungen, denen wir beiwohnen dürfen, wie der Ausbildungsstand ist und wie sie ausgebildet werden, auch in Balsthal. Diese Ausbildung ist dann auch wieder ein Budgetposten. Ich finde es sehr wichtig, dass wir dafür Geld sprechen. Die Schweizer Demokraten sind klar für die Förderung der Jugend und wir danken Cedric Roos für die wunderbare Idee, diesen Vorstoss zu lancieren.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Bereits im Jahr 1990 haben sich ein paar Feuerwehrleute Gedanken und Hochrechnungen gemacht, wie der Feuerwehrbestand nachhaltig und langfristig gesichert werden kann. Bereits 1990 sind diese Feuerwehrleute auf die Idee gekommen, junge Leute zu engagieren und wollten eine Jugendfeuerwehr, man hat ihnen damals Häspeli gesagt. Die Feuerwehr hat Haspel, wo die Schläuche drauf sind, und das wären dann die Häspeli gewesen, sehr originell. Sie sind mit dieser Idee 1990 mit viel Enthusiasmus zum Gemeinderat gegangen und ihre Ideen sind dort leider nicht auf fruchtbaren Boden gestossen. Heute ist die Zeit anders, es sind rund 21 Jahre vorbei und der Einwohnerrat hat heute Abend die Gelegenheit, das Postulat gutzuheissen und der Gründung der

Jugendfeuerwehr nicht im Wege zu stehen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die CVP-Fraktion, zu der ich gehöre, und selbstverständlich als Präsident der Feuerwehrkommission, wir die Gründung der Jugendfeuerwehr wärmstens unterstützen und begrüßen. Selbstverständlich möchte ich den Dank aussprechen an die drei Herren, die sich zur Verfügung gestellt haben. Es sind notabene Offiziere der Feuerwehr Allschwil, die bereits ein immenses Pensum haben mit Feuerwehrübungen. Sie haben Offiziersübungen, Unteroffiziersübungen, Kompanieübungen, Abendschutzübungen. Es kann also sein, dass so eine Person dreimal pro Woche in der Feuerwehr ist. Ein grosses Dankeschön.

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Ich kann diese Sache nur unterstützen und finde es gut, wenn man die Jugend in die Verantwortung nehmen kann. Es ist wichtig, dass man die Jugend motivieren kann, indem sie sich engagieren können. Sie machen keinen Unfug und verbreiten vielleicht das, was sie gelernt haben, an ihre Altersgenossen und wir haben dort vielleicht weniger Probleme. Wenn der Personalmangel, den es bei der Feuerwehr offensichtlich gibt, behoben werden könnte, dann wäre es auch denkbar, die Zuzüger zu begeistern. Als ich 1975 nach Allschwil gekommen bin, hatte ich den Zugriff über die Feuerwehr zum Sozialleben in Allschwil, das war sehr positiv. Die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr in Allschwil ist hervorragend und absolut Spitze. Ich hatte am 28. August um 23.00 Uhr einen Küchenbrand. Innerhalb von sechs Minuten war die Feuerwehr da inklusive Arzt und alles. Ich kann Sie nur motivieren und sagen, dass Sie die Feuerwehr unterstützen sollen. Herzlichen Dank an Cedric Roos für diesen Vorstoss und auch den Offizieren.

**Armin Bieri**, SP/EVP-Fraktion: Ich kann mich dem auch anschliessen, wir stehen dahinter. Wir betrachten das als eine Art Versuch, wenn sich das so einspielt und wir wirklich Jugendliche holen und den Bestand der Feuerwehr dann aufstocken können, dann ist das sehr sinnvoll. Es ist kein exorbitant hoher Betrag. Es ist eine gute Gelegenheit, die wir jetzt packen müssen. Und wenn wir Freiwillige haben, die das organisieren, dann ist das sehr verdankenswert.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Ich möchte mich kurz fassen. Chapeau, hier wurde innert kürzester Zeit sehr gute und konstruktive Arbeit geleistet. Ich bitte Gemeinderat Pfaff der entsprechenden Kommission und allen Beteiligten unsere Anerkennung und unseren Dank weiterzuleiten. Was mir persönlich gefällt an dieser Sache ist, dass es hoffentlich gelingt, dass wir junge Menschen für verantwortungsvolle Aufgaben für die Gemeinschaft gewinnen können.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich möchte auf zwei Stichworte eingehen. Das eine war, wir sollen die Zuzüger ansprechen. Das haben wir in der Vergangenheit gemacht und das werden wir auch weiterhin machen. Wir schreiben einerseits Zuziehende immer an und andererseits auch die entsprechenden Jahrgänge, die 18 geworden sind. Beide Massnahmen werden wir auch künftig weiterführen. Die Jugendfeuerwehr ist ein weiterer Pfeiler bei unserer Rekrutierung. Es ist das Stichwort Mangel gefallen. Nein, wir haben keinen Mangel. Wir haben einen kleineren Bestand als auch schon, aber einen Mangel haben wir nicht. Wir sollten auch zukünftig innert sechs Minuten auf dem Platz sein, damit kann man rechnen. Ich freue mich über die allgemeine Zustimmung und wünsche den drei vom Jugendfeuerwehrleitungsteam viel Erfolg beim Informationsabend und bei der Rekrutierung der Jugendfeuerwehr, die anfangs nächstes Jahr starten soll.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Auch wir Grünen unterstützen das sehr stark, dass es die Jugendfeuerwehr gibt und wir schliessen uns dem Dank an, der hier bereits mehrfach ausgesprochen wurde. Ich persönlich bin auch sehr froh, ich hatte im Rahmen der GPK die Möglichkeit die Feuerwehr anzuschauen. Ich war sehr beeindruckt, wie gut und mit welchem Engagement es funktioniert, sehr viel Freiwilligenarbeit. Umso mehr finden wir es gut, dass der Nachwuchs gefördert werden kann. Es ist uns auch ein Anliegen, wenn hier Gelder für die Jugendfeuerwehr eingesetzt werden, dass auch andere Jugendsachen gefördert werden im Bereich Sport und Musik. Uns ist es wichtig, dass auch hier Geld gesprochen werden kann.

**Rahel Balsiger**, FDP/GLP-Fraktion: Die FDP-Fraktion steht geschlossen dahinter, dass wir dieses Postulat durchziehen im Sinne einer Nachwuchsförderung, damit man den Bestand erhalten und erhöhen kann. Es ist eine sinnvolle Beschäftigung für die Jungen, weil sie lernen Verantwortung zu übernehmen. Danke Cedric, dass du es ins Spiel gebracht hast und danke an alle, die sich hier engagiert und gearbeitet haben. Ansonsten schliesse ich mich den Worten von Kurt Kneier an.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur abschnittswisen Beratung. Ich verzichte darauf, oder möchte jemand abschnittsweise beraten? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Beratung abgeschlossen. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

#### **Antrag 1**

Die Gründung einer Jugendfeuerwehr wird begrüsst. Die Kosten im Gründungsjahr in der Höhe von CHF 10'500 sowie die ab dem zweiten Jahr wiederkehrenden jährlichen Betriebskosten in der Grössenordnung von CHF 6'800 werden genehmigt.

**://:**

Der Antrag wird mit 32 Ja-, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen genehmigt.

#### **Antrag 2**

Das Postulat Nummer 3958 wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Das Postulat wird grossmehrheitlich abgeschrieben.

**Cedric Roos**, Präsident: Dann möchte ich das Geschäft abschliessen und die Schlussabstimmung durchführen.

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

612 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 3**

Bericht des Gemeinderates vom 15.06.2011 zum Postulat von Josua M. Studer, SD, vom 15.12.2010, betreffend Ganztägig mit dem Bus zum Bahnhof SBB  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3985 / A

---

**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann findet die Geschäftsberatung als Ganzes statt.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Wie das Postulat tituiert ist, ganztägig mit dem Bus zum Bahnhof, haben wir das im Einwohnerrat vor einer gewissen Zeit intensiv diskutiert. Wir haben die Linie 48 bewilligt, wir haben Geld gesprochen und die Linienführung. Wir haben sogar eine Haltestelle zusätzlich beschlossen. Wir haben als Einwohnerrat auf Antrag von mir sogar beschlossen, dass wir ganztägig fahren sollten und an sieben Tagen. Wir haben bewusst darauf verzichtet zu sagen, welcher Takt gelten soll. Wir sind davon ausgegangen, dass der Halbstundentakt analog des 33-Busses sein wird. Enttäuschenderweise ist hier nichts mehr gegangen. Das kommt in erster Linie daher, dass links in Basel in Allschwil mehr rechts möchte. Sie möchten rechts in den Bachgraben fahren mit dem Tram. Sie wissen, wo ich arbeite und ich sage aus meiner Erfahrung, dass es dort kein Tram braucht, sondern einen Bus. Der Bus ist flexibel, das Tram ist gut in der Innenstadt, wo es eng ist und wo man ein paar Anhänger dranhängen kann und immer noch um die Kurve kommt. Aber nebenaus Geleise legen, macht nur Sinn, wenn man Linien verbindet. Wäre Basel mit der Idee gekommen, dass man das Tram runterzieht und es mit dem 3-er verbindet, könnte ich dem etwas abgewinnen, aber so sicher nicht. Der Bus ist flexibel. Sobald Actelion abends nicht mehr arbeitet, braucht es dort keinen Bus. Auch am Sonntag braucht es diesen Bus nicht, weil der Bus 64 den Bachgraben runterfährt. Deswegen fand ich, dass es vorwärts gehen sollte, um auch Basel zu zeigen, dass wir es ernst meinen. Wir haben hier eine Abstimmung durchgeführt und der Einwohnerrat hat etwas manifestiert, was er will. Das darf nicht einfach

boykottiert werden von unserem Nachbarn. Schliesslich wollen sie auch viel von uns, jetzt wollen wir einmal etwas von ihnen.

Ich war etwas erstaunt von den Ausführungen zu diesem Postulat. Es steht hier, dass mit der BVB Verbindung aufgenommen wurde. Ich frage mich, mit wem, denn diese Antworten sind schon ein bisschen komisch. Es heisst: „Demnach ist die Verlängerung der Linie 30 ausserhalb der Fahrzeit der Linie 48 aus mehreren Gründen nicht wünschenswert“, also die BVB hat nichts zu wünschen, sondern wir wünschen als Nutzer. „bzw. betriebstechnisch nicht durchführbar“. Ich bin erstaunt, wir haben bei den BVB alles studiert, die wissen alles besser, aber da wissen sie nicht, wie es geht. Ich habe einen Leitspruch: Geht nicht, gibt's nicht. Es gibt für alles eine Möglichkeit. Es wird gesagt, man habe zu wenig Busse, und man müsse Busse beschaffen. Am Morgen und am Abend haben wir Busse und dazwischen stehen diese in der Garage und warten, bis sie wieder eingesetzt werden. Ich weiss nicht, warum man zusätzliche Busse kaufen muss. Es braucht zusätzliche Chauffeure und das ist nicht abwegig, wenn man Stellen schafft, insbesondere wenn es finanziert wird. Es sind immer mehr Leute, die mit dem Bus 48 fahren und die sagen alle, dass es schade ist, dass er nicht öfters fährt. Ich bin froh, dass hinten steht, dass der Gemeinderat sich letztlich vehement eingesetzt hat, damit dies doch einmal realisiert werden kann. Es ist wichtig, dass wir am Ball bleiben und ich bitte den Gemeinderat hier nicht locker zu lassen. Wir vom Parlament wollen das und sehr viele von Allschwil auch. Nicht, dass wir noch eine Initiative machen müssen, um dies zu erzwingen. Ich informiere gerne Herrn Wüthrich der Stadt Basel wieder einmal, wie viele Haltestellen in Basel auf dieser Linie sind. Er hat an dieser Sitzung in Allschwil uns weis gemacht, dass dieser Bus nur für Allschwil sei. Wenn man aber schaut, wie viele unterwegs aussteigen zwischen dem Bahnhof und dem Wielandplatz, dann sind das viele Leute. Basel profitiert auch, das kann man nicht wegschlecken. Ich danke vielmals, ansonsten bin ich zufrieden mit der Beantwortung.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich möchte zur Unterscheidung sagen, dass dieses Postulat vom Gemeinderat zu 100% gestützt wird. Wir möchten die Linie 48 den ganzen Tag für eine gute Erschliessung zum Bahnhof SBB. Was den Vorschlag betrifft zur Buslinie 30, das ist die Linie, die vom Badischen Bahnhof zum Bahnhof SBB fährt, da ist diese Linie bereits heute sehr gut ausgelastet. Wenn wir diese Linie jetzt nach Allschwil verlängern würden, dann entspricht das der doppelten Strecke. Das wiederum führt zu Verzögerungen im Fahrplan und das möchte kein Fahrgast. Wir möchten Busse, die im Fahrplan gut und sicher ankommen. Deswegen verfolgen wir den Weg, die Buslinie 48 zu verstärken mit mehr Fahrten durch den Tag. Das wird im Moment noch nicht realisiert werden können, unter anderem aus Kostengründen. Was den zweiten Vorschlag betrifft zur Linie 30, da unterstützen wir die Abklärung der BVB, dass dies auf keinen Fall geht.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

#### **Antrag**

Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

Dann möchte ich noch das Geschäft als Ganzes abschliessen.

**://:**

Das Geschäft wird einstimmig abgeschlossen.

613 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 4**

Bericht des Gemeinderates vom 17.08.2011 zum Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP, Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, GLP, vom 10.05.2010, betreffend Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3942 / A



**Cedric Roos**, Präsident: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Beratung.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Es freut mich ausserordentlich, dass wir heute zu diesem Thema diskutieren und abstimmen dürfen. Nicht nur, weil Fukushima hinter uns liegt und kürzlich die Franzosen in Südfrankreich Probleme hatten. Es ist mir ein persönliches Anliegen, dass wir wegkommen von der Atomtechnologie. Ich halte es für eine dreckige Technologie, und zwar von der Beschaffung von Uran zum Beispiel in Niger bis zur Entsorgung in den Tiefen von Russland, wo niemand so genau weiss, wo das Zeug am Schluss landet. Die AKW bei uns im Land sind als Gebäude und Anlagen das kleinere Problem. Die Schweizer geben sich Mühe, es gut zu machen. Aber zum Thema Mühleberg haben wir auch unsere Bedenken. Spätestens nach Fukushima wurde klar, dass die Kosten nicht gedeckt sind. Die Kosten für das Abklingen der Brennstäbe, das Warten und Hüten dieser Dinger, bis man sie versorgen kann, sind hoch. Die billigen Strompreise der heutigen AKW sind nicht durchgerechnet. Die schliessen die Entsorgung der ganzen Ware nicht ein. So gesehen ist das keine Kostenwahrheit. Ich glaube daran, dass es möglich ist, mit Effizienzsteigerungen, mit Einsparungen und erneuerbaren Energien in 20 bis 30 Jahren an einem anderen Ort zu stehen, als wir es heute tun, und das möchte ich. Als Einwohnerrat gestalte ich zu einem kleinen Teil die Welt von morgen. Ich möchte meinen Kindern, so weit es mir möglich ist, eine Welt zurücklassen, in der man leben kann, und nicht nur meinen Kindern. Es braucht Mut, es braucht eine Perspektive und eine Zukunftsorientiertheit. Dahinter steht ein Entscheid, ob ich das will, und den habe ich gefällt. Ich möchte etwas zitieren aus dem Stromflash der EBM vom letzten Herbst. Thomas Wälchli, Leiter Marketin und Vertrieb, schreibt an seine Kunden: Ihre Entscheidung für eines unserer Naturstromprodukte beeinflusst direkt unseren Beschaffungsmix, denn als Kunde der EBM bestimmen letztlich Sie, welchen Technologien zur Stromerzeugung Sie den Vorzug geben. Alle Kunden mit Naturstromprodukten werden separat über Ihren individuellen Strommix informiert. Das haben sie gemacht und ich wusste das, was ich vorher schon wusste, nämlich dass ich Naturstrom beziehe. Das wünsche ich mir auch für die Gemeinde. Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Ich bin erfreut, wie konstruktiv er darauf eingegangen ist und ich bitte darum, diesem Postulat den Weg freizumachen.

**Hans-Peter Tschui**, SVP-Fraktion: Es war damit zu rechnen, dass Hans-Peter Tschui als Vertreter der SVP-Fraktion zu diesem Geschäft nochmals Stellung nehmen wird. In der Energiedebatte haben Logik und ökonomische Vernunft keinen einfachen Stand. Das Thema ist hochgradig emotional besetzt und von hoher Komplexität. Der Gemeinderat beantragt als Massnahme auf das Postulat Benz und Konsorte, inskünftig ausschliesslich CO<sub>2</sub>- und atomfreien Strom zu jährlichen Mehrkosten von CHF 55'000 zu beziehen. In seinen Erwägungen beschreibt der Gemeinderat die physikalischen Grundlagen zwischen der Stromproduktion und der Stromverteilung, einfach und nachvollziehbar. Nach diesem Prinzip beziehen wir als Strombezüger im EBM-Netzbereich einen 60/40-Mix aus Wasserkraft und Atomkraft. Es ist grundsätzlich unmöglich aus dem Stromsee ein bestimmtes Stromprodukt exklusiv zu beziehen. Im EBM-Strommix oder im Stromsee schwimmen 80% zugekaufte elektrische Energie. Rund ein Viertel von diesem eingekauften Strom wird über die europäische Strombörse aus Atomkohle und Gaskraftwerk importiert. Aus eigenen regionaler Produktionsquellen, Regio- oder Ökostrom genannt, stammen lediglich 20%. Fakt ist, physikalisch kann Regio- bzw. Ökostrom nicht geliefert werden. Genauso wenig, wie wir bei der Hardwasser AG Trinkwasser aus dem Einzugsgebiet der Reuss ausschliessen möchten, auch wenn wir dafür einen Aufpreis bezahlen. Es ist deshalb irreführend, der Einwohnerschaft und dem Steuerzahler mit dem Antrag 1 in Aussicht zu stellen, dass Allschwil künftig ausschliesslich und exklusiv CO<sub>2</sub>- und atomfreien Strom bezieht. Dieses Szenario ist noch weit entfernt und wird die Gesellschaft und Wirtschaft einem enormen Druck aussetzen, bei stetig steigendem Stromverbrauch, Klimaschutz und gigantischen Investitionen in alternative Energien und Netzinfrastruktur. Für unsere Fraktion ist es deshalb ein Gebot der Logik und der ökonomischen Vernunft, diese Anträge abzulehnen. Wir befürworten und unterstützen ökologische Investitionen, aber lokal und in konkreten nachhaltigen Massnahmen für Energieeffizienz und innovative Projekte, zum Beispiel eine Solaranlage zur Warmwasserversorgung der Gemeindeverwaltung oder eine Photovoltaikanlage für die Stromversorgung der Feuerwehr auf dem Dach des neuen Feuerwehrmagazins. Übrigens hat sich der Einwohnerrat Pratteln in seiner Budgetdebatte im Dezember 2010 zu einem ähnlichen Geschäft mit grossem Mehr gegen Mehrausgaben für Ökostrom entschieden. Er hat diese Mittel stattdessen für Energiesparmassnahmen in der Gemeinde gesprochen. Der FDP-Fraktionspräsident, Mario Puppato, ehemaliger Vize-Präsident der Elektro Baselland, hat von einem Marketinggag der Stromversorger gesprochen. Wörtlich: Auch wenn der Kunde teuren Regiostrom kauft, sei es immer der gleiche Strom, der aus der Steckdose kommt. Ich riskiere Wiederholung. Auch wir sind für die Förderung von Massnahmen für Energieeffizienz und für erneuerbare

---

Energieproduktion. Aber setzen wir doch die finanziellen Mittel nachhaltig und vor Ort in unserer Gemeinde ein. Das ist kein Widerspruch zur Forderung der Stilllegung von Fessenheim oder dem Ausstieg aus der Kernenergieversorgung in unserem Land. Warum? Weil wir noch lange auf kontinuierliche AKW-Energie angewiesen sind, ob uns das passt oder nicht. Die Forderung nach Substitution des Atomstroms durch erneuerbare oder alternative Ressourcen wird zu einem gehörigen Stresstest für unsere Volkswirtschaft werden und steht in einem erheblichen Zielkonflikt mit den CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen. Fazit: Ausschliesslich atomfreien Strom für Allschwil ist eine spekulative Zukunftsvision. Möge sich diese Einsicht frei von ideologischen und parteitaktischen Einflüssen auch in unserem Parlament durchsetzen. Lassen wir uns von der Logik der Stromversorgung und von ökonomischer Vernunft leiten. Sagen wir nein zu diesen Anträgen, keine Mehrausgaben für ein Stromprodukt mit symbolischem Nutzwert. Investieren wir in Allschwil in innovative und nachhaltige ökologische Projekte und in Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der Postulant hat bei mir auch offene Türen eingerannt, deswegen haben wir dieses Postulat gern entgegen genommen. Die Ausführungen von Hans-Peter Tschui sind von grosser Tragweite, wir wissen, dass es grosse finanzielle Kosten verursacht für uns. Technisch ist es effektiv so, dass wir aus unseren Steckdosen keinen separaten Strom abzapfen können. Aber es ist im schweizerischen Strommarkt so, dass das, was wir mehr bezahlen, mehr eingekauft werden muss. Das, was wir mehr bezahlen, wird mehr nachgefragt bei den erneuerbaren Energiequellen. Das wiederum führt in der Konsequenz dazu, dass dann mehr investiert wird in Solaranlagen und ähnliches. Der Gemeinderat hat sich unlängst dazu entschlossen, drei Gemeindebauten frei zu geben, um sie mit Solarstromanlagen zu bedecken. Das ist ein vorausblickender Entscheid, wo wir in die Richtung von Herrn Tschui gehen möchten. Jetzt kann ich Ihnen mit gutem Gewissen empfehlen, dies anzunehmen und dieses mehr Geld zu investieren für 100% erneuerbaren Strom.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Es ist Augenwischerei, atomfreier Strom aus der Steckdose. Das ist gleich, wie wenn ich behaupte, dass die Migros andere Milch als der Denner hat. Das wird alles am gleichen Ort abgefüllt, einfach in verschiedene Pakete zu verschiedenen Preisen. Ich verstehe nicht, wenn man jetzt sagt, dass man Ökostrom möchte, dass man für das mehr bezahlen muss. Ein Produkt, das neu eingeführt wird, muss entsprechend angeboten werden, damit die Leute anbeissen. Das sieht man immer im Laden, wenn es ein neues Produkt gibt, dann hat es immer einen Einführungspreis. Hier ist es umgekehrt, ich muss mehr bezahlen für etwas, das ich gar nicht erhalte. Dass man damit signalisieren kann, dass wir für mehr Ökostrom sind, könnten wir auch viel einfacher machen. Es gibt genug Umfragen. Da kann man einfach ankreuzen, dass man mehr Ökostrom möchte. Dies würde die EBM dazu motivieren, mehr darin zu investieren. Die EBM finanziert sich nicht alleine darüber, was wir bezahlen. Sie forschen selber, sie investieren selber und machen Geld daraus, sie bauen Anlagen, die ihnen auch Renditen geben. Wir müssen ihnen nicht helfen, Renditen zu geben. CHF 55'000 sollen wir bezahlen für das. Bei den eigenen Schülern wollen wir nur 50% geben. Das ist dort absehbar, das ist vielleicht ein oder zwei Jahre bei den Schülern. Aber hier ist es jedes Jahr. So können wir doch nicht mit dem Geld haushalten. Es ist eine Augenwischerei, wenn man sagt, wir hätten atomfreien Strom. Wir müssen schauen, dass wir zu atomfreiem Strom kommen, also dass mehr anderweitiger Strom produziert wird, indem wir Druck machen und sagen, dass wir das wollen. Aber nicht, indem wir das Portemonnaie aufmachen. Wenn wir das selber investieren in unserer Gemeinde, dann profitieren wir direkt und dann wissen wir, welcher Strom es ist, wie das Herr Tschui gesagt hat.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion sind uns bewusst, dass es den so genannten Astrosep, nämlich den Atomstrom Separator, nicht gibt. Es ist physikalisch nicht möglich, den Atomstrom aus der Stromleitung rauszufiltern, um zu gewährleisten, dass Allschwil nur atomfreien Strom bezieht. Trotzdem sind wir zur Auffassung gelangt, dass es gerade in der heutigen Zeit falsch wäre, diesem Postulat nicht zuzustimmen. Die Grundrichtung muss in diese Richtung gehen, dass wir in Zukunft atomfreien Strom beziehen möchten. Das ist nur möglich, wenn das möglichst viele Kunden der EBM verlangen, denn nur so können wir langfristig erreichen, dass kein Atomstrom mehr in den Atomsee eingespiessen wird. Die CVP-Fraktion will das Postulat unterstützen, weil wir der Meinung sind, dass ein anderer Entscheid ein falsches Signal aussendet.

**Jérôme Mollat**, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir von der FDP/GLP-Fraktion sind grossmehrheitlich für die Unterstützung dieses Anliegens. Wir denken, dass Allschwil eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion hat auch im ökologischen Bereich hat. Ich erinnere, dass wir hier vor ein paar Monaten grossmehrheitlich oder sogar einstimmig für die Stilllegung des AKW Fessenheim waren. Wir können nicht auf der einen

---

Seite sagen, dass man das AKW stilllegen möchte und auf der anderen Seite, wenn es etwas kostet, plötzlich nein sagen und sagen, dass wir scheinbar kostengünstigen AKW-Strom beziehen möchten. Wir denken, dass diese Mehrkosten gut investiert sind.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte kurz darauf eingehen, was gesagt wurde. Es ist festzustellen, dass nicht nur meine Ideen, sondern auch die von Hans-Peter Tschui auf fruchtbaren Boden fallen und die Gemeinde gern parat ist, an Photovoltaik zu denken auf Gemeindebauten oder wo es nötig ist und Sinn macht, auch thermische Solarenergie zu gewinnen. Das finde ich super. Wenn man darüber diskutiert, welche Sorten Strom aus unserer Steckdose kommen, dann geht es jetzt um einen politischen Entscheid und nicht um einen physikalischen, ob ich Stromtypen separieren kann. Mit unserem Entscheid können wir den Beschaffungsmix der EBM, oder wie auch immer der Anbieter heisst, beeinflussen. Es ist ein politischer Entscheid, wo wir sagen, in welche Richtung es gehen soll. Es wurde gesagt, es gäbe dann mehr CO2-Emissionen. Das Postulat läuft auf atom- und CO2-frei. Es heisst erneuerbare Energien und nicht Gaskombi-Kraftwerke oder was auch immer man für Wünsche haben könnte. Um das zu unterstreichen, dass mir dies schon länger ein Anliegen ist, möchte ich sagen, dass ich dort, wo ich wohne, der Genossenschaft den Antrag gestellt habe zu prüfen, ob Warmwasseraufbereitung mit Solar Sinn macht. Seit rund einem halben Jahr duschen wir mit solarerwärmtem Wasser, wenn es die Sonne zulässt. Ich bin kein Idealist, der auf Kosten von anderen Sachen machen möchte. Ich glaube daran, wenn wir das richtig tun, dass es sich unter dem Strich rechnet.

Der Druck auf die Strompreise wurde erwähnt. Der wird kommen und zwar nach oben. Wenn wir, das hat Fukushima gezeigt, Probleme bekommen mit einem AKW, dann ist der Betreiber wie in Japan sehr schnell am Ende und er hat Staatshilfe gefordert, um zu schauen, dass die Atomanlagen gekühlt werden können. Die haben das Geld nicht auf der Seite und sind auch nicht versichert gegen eine solche Forderung. Plötzlich bezahlt dann der Staat. Bis jetzt macht man die Rechnung ohne Wirt. Ich weiss nicht, ob die Schweizer so viel mehr Gelder auf der Seite haben für so einen Fall. Aber in Japan hat der Staat bezahlt, die Allgemeinheit. Auch wenn wir die AKW in den nächsten Jahrzehnten runterfahren, dann wird auch dann der Druck auf die Energieträger, die verbleiben, wachsen. Es gibt Kosten durch Wartungs- und Entsorgungsarbeiten, die werden sie irgendwie reinholen müssen. Das heisst, dass der Strom teurer werden wird, damit man die AKW-Kosten gedeckt hat. Irgendwoher muss das Geld herkommen, irgendwann schliesst sich der Kreis.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Darauf muss ich jetzt schon etwas sagen, denn jetzt wurde etwas ganz wichtiges gesagt. Die Kosten steigen, somit also die CHF 55'000 auch. Die gehen dann automatisch auch hoch, bitte denken Sie daran.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Beratung geschlossen. Wenn nicht ein ausdrücklicher Antrag vorliegt, werden wir auf die abschnittsweise Beratung verzichten. Es wurde kein derart lautender Antrag gestellt. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderates.

#### **Antrag 1**

Die Gemeinde Allschwil bezieht künftig ausschliesslich CO2- und atomfreien Strom

**://:**

Dieser Antrag wird mit 25 JA- zu 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

#### **Antrag 2**

Der finanzielle Mehraufwand von ca. CHF 55'000 wird im Budget zur laufenden Rechnung ab dem Jahr 2012 entsprechend berücksichtigt.

**://:**

Dieser Antrag wird mit 25 Ja- zu 7 Nein-Stimmen angenommen.

#### **Antrag 3**

Postulat 3942 wird als erledigt abgeschrieben.

**://:**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum Abschluss des Geschäftes als Ganzes.

**://:**

Das Geschäft wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

614 01.030 Einwohnerrat

### **Traktandum 5**

Bericht des Gemeinderates vom 24.08.2011 zur Motion von Philippe Hofmann, Evelyne Roth, Peter Brack, Lukas Brügger, Kurt Kneier, Rolf Adam, Philippe Adam und Stephan Wolf, CVP-Fraktion, vom 21.06.2011 betreffend Zwangsverschiebung von Schülerinnen und Schülern  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa, Geschäft 4014 / A

---

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion haben vor den Sommerferien die dringliche Motion eingereicht, weil wir es stossend fanden, dass der Kanton gewisse Schüler, es sind glaub 7, zwangsweise nach Oberwil verschiebt, und die betroffenen Eltern auf den dadurch entstehenden Mehrkosten sitzen lässt. Diese Motion wurde angenommen und nun liegt der Bericht des Gemeinderates vor, der grob zusammengefasst vorsieht, dass man die Hälfte der U-Abo-Kosten übernimmt und die Hälfte der auswärtigen Verpflegung, dies mit der Begründung, dass das U-Abo auch ausserhalb des Schulweges benutzt werden kann und auch ohne Zwangsverschiebung gewisse Kosten anfallen würden für die Verpflegung über Mittag. Das sind im juristischen Sinne so genannte Ohnehin-Kosten. Es ist auch für uns klar, dass man die von dem Beitrag, den die Gemeinde leistet, in Abzug bringen muss. Die Motion ist davon ausgegangen, dass diese Kosten übernommen werden, die durch die Zwangsverschiebung entstehen, aber nicht diejenigen, die sowieso angefallen wären. Der Betrag, den die Gemeinde spricht, ist CHF 7'900. Dies entspricht in etwa dem, was wir als möglichen Betrag in den Raum gestellt haben damals. Wir von der CVP-Fraktion schliessen uns den Anträgen des Gemeinderates an. Wir finden, dass damit unsere Motion erfüllt wurde.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Stephan Wolf hat zusammengefasst, was ich gesagt hätte. Es fällt mir jetzt nicht mehr so viel ein. Es sind fünf Kinder, die in Oberwil angefangen haben, weil bei zwei Kindern die Eltern Rekurs eingelegt haben und noch auf Entscheid warten. Die Berechnungen wurden auf sieben Kinder gemacht. Ich wünsche denen alles Gute und hoffe, dass sie gut gestartet haben und dass der Weg nicht zu einem grossen Hindernis wird. Wir empfinden eine Kostenbeteiligung als sehr gut und haben die Berechnungen anhand des Mittagstisches in Oberwil angeschaut und die Hälfte des U-Abos genommen.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Mir kommt noch ein bisschen mehr in den Sinn als der Gemeinderätin. Es ist nicht erfüllt. Eine Motion kann nicht erfüllt sein, wenn nur die Hälfte rausschaut von dem, was gefordert wurde. Wenn ich in einer Lohnverhandlung mehr verlange, dann gehe ich nicht für die Hälfte arbeiten. Diese Situation haben sich die Eltern nicht ausgesucht. Sie sind gezwungen, die Kinder mit den zusätzlichen Kosten an einen anderen Ort in die Schule zu schicken. Es geht nicht, dass man grundsätzlich sagt, dieses Abo können sie auch noch in der Freizeit brauchen. Können die etwas dafür, dass der Tarifverbund Nordwestschweiz nur ein Abo anbietet? Früher gab es Speckschwarten-Billete, die waren nur von Montag bis Freitag gültig, also richtige Arbeiterbillete. So etwas gibt es heute nicht mehr wegen der Globalisierung. Man kann davon ausgehen, dass die Kinder bereits schon im Besitz eines U-Abos sind. Somit dürfen wir nicht einfach 7 Mal U-Abo rechnen. Man muss abklären, welche Schüler noch ein U-Abo haben müssen. Man wird dann feststellen, dass es dann nur eines oder zwei sind. Es stört mich, dass man sagt, dass man nur CHF 6 anstelle CHF 12 bezahlt, schliesslich kostet das Kind zuhause am Tisch auch etwas. Aber das Kind kostet nicht CHF 6, für dieses Geld wird im Militär ein Soldat den ganzen Tag durchgefüttert, und heutzutage essen sie ziemlich gut. Wir stellen jedes Jahr für Blaj und für Pfullendorf CHF 5'000 ein. Wenn noch eine Reise geplant ist, dann wird noch etwas oben drauf gestellt, und dann wird noch ein Fest gemacht. Sie haben gesehen, welche Beträge für die Partnerschaftsstädte gesprochen wurden, aber für die eigenen Kinder haben wir das Geld nicht. Sie

---

haben CHF 55'000 gesprochen, die wir jährlich in etwas investieren, was weder Fuchs noch Hase ist. Für die eigenen Kinder, die den Eltern gehören, die Steuerzahler sind, haben wir kein Geld. Das ist nun wirklich kein Betrag. Wenn man das anschaut, dann sind das keine CHF 20'000. Wir geben anderes Geld aus. Ich wünsche mir, dass wir ein Zeichen setzen und dass wir sagen, dass die Gemeinde die ganzen Kosten übernimmt, die den Eltern zusätzlich entstehen. Wenn die natürlich schon ein U-Abo haben, dann muss man ihnen das nicht finanzieren, sondern nur das, was zusätzlich entsteht. Dann haben wir einen Fix-Betrag, was der Aufwand kostet, und den kann man beim Kanton dann in Rechnung stellen, auch wenn wir nicht glauben, dass wir das Geld erhalten. Man kann das in Rechnung stellen. Wie wollt ihr das Liestal beibringen, dass ihr nur 50% verlangt. Dann sagt der Kanton, dass er auch nur 50% bezahlt, und dann haben wir nur 25%. Das kann es nicht sein, wir müssen das ganz klar ablehnen. Ich bin dafür, dass wir die Kosten komplett übernehmen. Ich stelle den Antrag, dass der ganze Betrag bezahlt wird.

**Peter von Arx**, FDP/GLP-Fraktion: Mich hat an der Sache erstaunt, dass der Kanton die Verantwortung für die Sekundarschule übernommen hat, und dementsprechend also auch für die Sache gerade stehen sollte. Ich finde es gut, dass die Gemeinde Allschwil hier hilft. Ich kann den Antrag von Josua Studer unterstützen im Sinne von, wenn wir etwas machen, dann machen wir es richtig und nehmen nicht nur die 50%. Auf der anderen Seite müssen wir uns klar sein, dass so und so viele Schüler im ganzen Kanton die genau gleichen Probleme haben. Die im Oberbaselbiet haben nicht nur eine halbe Stunde, bis sie in der Schule sind, und das viermal am Tag, sondern die haben unter Umständen bis zu drei Stunden Schulweg. Wir hatten das manchmal auch, als wir in der kantonalen Handelsschule waren und an der Flughafenstrasse wohnten. Das war kein grosses Problem. Ich kann auf der einen Seite nicht nachvollziehen, warum wir hier ein Büro draus machen. Wir haben einen Bus, der auf Oberwil fährt. Auf der anderen Seite ist der Schulweg von einer halben Stunde nicht unbedingt so viel. Ich würde auch hier dies unterstützen, dass wir das nachher beim Kanton in Rechnung stellen. Diese Sachen wurden vom Kanton entschieden, wir haben keine Verantwortung über die Sekundarschulen. Wenn der Kanton die Verantwortung übernimmt, dann soll er auch bezahlen. In diesem Sinne würde ich mich dem anschliessen und sagen, dass wir eigentlich den ganzen Betrag übernehmen könnten.

**Pascale Uccella**, SVP-Fraktion: Wir von der SVP-Fraktion waren sehr erstaunt darüber, dass diese Kosten halbiert wurden. Ich kann mich Josua Studer anschliessen, denn es geht um einen Solidaritätsbeitrag und darum, ein Zeichen zu setzen. Ich finde, man sollte die ganzen Kosten übernehmen.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Das letzte Mal, als wir diese Motion überwiesen haben, hatte ich Bauchweh, weil mir genau das nicht gepasst hat, dass man die ganzen Kosten übernehmen möchte. Ich finde es ein Zeichen der Solidarität, wenn wir pro Schüler über CHF 1'130 bezahlen. Ganz grundsätzlich haben wir es in dieser Gemeinde in der familienexternen Kinderbetreuung immer so gemacht, dass ein Mittagessen auch für diejenigen, die ganz wenig verdienen, kosten soll. Es soll kein Gratis-Mittagessen in einer Fremdbetreuung geben. Wir haben das bei der Tagesschule, dort haben wir den Sockelbeitrag, den wir von allen Eltern verlangen. Wir haben das in den Tagesheimen, wir haben das im Tageskindergarten, in allen Krippen müssen die Eltern an die Kosten fürs Mittagessen die Materialkosten bezahlen. So gesehen finde ich das genau richtig, dass man die Hälfte der Kosten als Zeichen übernimmt, und die andere Hälfte sollen die Eltern bezahlen. Ich finde auch nicht, dass wir alles sprechen sollen, dann dem Kanton eine Rechnung stellen, und dann zahlen die nicht. Wir übernehmen die Hälfte und dann haben die Eltern auch etwas davon. Ich finde den Begriff Ohnehin-Kosten einen guten Begriff, genau das ist es. Die Ohnehin-Kosten sollten wir nicht übernehmen.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Der Begriff der Ohnehin-Kosten kommt aus der Juristerei. Bei jeder juristischen Schadensberechnung werden diese Kosten in Abzug gebracht. Wir meinen, dass dies auch hier gemacht werden muss. Das Ziel unserer Motion war nicht, dass die betroffenen Familien am Schluss finanziell besser gestellt werden als andere Familien. Das Ziel war, dass die Mehrkosten von der Gemeinde übernommen werden, also die Kosten abzüglich der Ohnehin-Kosten, die man aus Praktikabilitätsgründen pauschalisieren muss. Wir meinen, dass mit dem Antrag der Gemeinderat unsere Motion erfüllt ist.

**Rita Urscheler**, Grüne Fraktion: Ich schliesse mich dem Votum von Gabi Huschke an. Wir Grünen finden auch, dass wir einen reellen Betrag bezahlen sollten als Überbrückung, denn eigentlich ist das Aufgabe des Kantons und nicht von uns. Wenn ich die Diskussion von teils bürgerlicher Seite verfolge, dann finde

---

ich das interessant, denn es läuft den Bestrebungen entgegen, dass Leute, die Kinder zuhause betreuen, entschädigt werden sollen. Hier wird jetzt genau das Gegenteil verlangt. Wir wünschen, dass es bei dieser 50%-Beteiligung der Gemeinde bleibt, als Übergang bis zum Regress durch den Kanton.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: In meinen Augen gibt es hier eine wesentliche Differenz. Wenn ich mein Kind fremdbetreuen lassen möchte, dann ist das meine Entscheidung. Bei denen, die hier nach Oberwil gehen müssen, war es keine freie Entscheidung der Familie, sondern es wurde aufoktruiert. Das ist der wesentliche Unterschied zwischen freiwilliger fremder Betreuung und einer erzwungenen fremden Betreuung. Hier dürfte man schon den ganzen Betrag übernehmen, denn sie haben auch sonst Minderwerte, da sie nicht mehr zuhause am Mittagstisch sitzen.

**Christoph Benz**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe das mit dem U-Abo durchgerechnet. Wenn CHF 450 pro Jahr die Hälfte des Jahresabo darstellen, sind das die halben Kosten oder die ganzen Kosten? Also, dann sind wir bei Tageskosten von CHF 2.04. Ich gehe davon aus, dass diese Kinder nicht für CHF 2 im Jahresdurchschnitt pro Tag oder für CHF 450 im Jahr Tramkosten hätten. Sie würden vielleicht ab und zu das Tram benutzen, aber das ist dann noch vielleicht 10% von dem. Hier wäre mein Vorschlag, dass beim U-Abo die ganzen Kosten übernommen werden. Es ist den Kindern ihr Glück, wenn sie früher ab und zu Tram gefahren sind, und jetzt wegen dem langen Schulweg viel mehr Kosten haben. Die kann man tragen. Beim Mittagessen ist es umgekehrt, wenn man es zur Hälfte teilt, dann fände ich das fair und eine praktikable Lösung, weil es dem entspricht, was die Ohnehin-Kosten wirklich sind: Mittagessen isst man wirklich zuhause, und jetzt eben nicht mehr, und beim Tram sieht diese Balance ein bisschen anders aus.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Liebe SP, Ihr seid immer für die, die ein niederes Einkommen haben. Wissen Sie, um welches Einkommen es sich bei diesen Eltern handelt, dass ihr so freimütig sagen könnt, dass die Hälfte reicht. Ich bin Mitglied bei der Sozialhilfebehörde. Ich muss damit rechnen, dass wir Anträge erhalten für Kostenübernahme. Was machen wir dann? Dann wird es auch wieder von der Gemeinde bezahlt. Machen wir doch keinen Umweg und belasten wir die Verwaltung nicht noch zusätzlich, wir sollten grosszügig sein. Für den Strom habt ihr jetzt CHF 55'000 ausgegeben, das jährlich kommt, das werde ich noch ein paar Mal sagen, wie eine Stalinorgel, bis ihr merkt, dass es Mist ist. An gewissen Orten gebt ihr aus und an anderen Orten spart ihr ein, damit ihr es dort wieder ausgeben könnt. Ich kann eure Politik nicht nachvollziehen. Immer sozial, immer sozial, immer sozial, aber hier nicht. Das ist eine beschränkte Zeit mit der Chance, dass es der Kanton übernimmt, dann haben wir es los und wir haben etwas für unsere Einwohner gemacht. Wir sind der Einwohnerrat, 40 Personen, und wir sind die Vertretung der Einwohnerschaft. Wir müssen uns für die Einwohner einsetzen und nicht für atomfreien Strom.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich stehe hinter der Vorlage des Gemeinderates. Es ist klar, was Peter gesagt hat, im Oberbaselbiet und im Laufental müssen Kinder von einer Gemeinde in die andere. Eltern werden dort zum Teil mit der Gemeinde an die Kasse gebeten. Sie haben dafür günstigere Zinsen und tiefere Landpreise. Ich habe vorhin gehört, dass es den Eltern von uns aufoktruiert wurde. Ein paar von uns mussten dislozieren, weil die Klassen voll sind, das schleckt keine Geiss weg, auch kein Winter. Die Entscheidung für das Ganze ist aber im Landrat passiert und nicht bei uns. Ich erlaube mir jetzt, einen Antrag zu stellen. Antrag zum Geschäft 4014A, Achtung: Anwesende Landräte, die die Sparvorgabe zur Schule im Landrat unterstützt haben, sollen die unvorbereitet betroffenen Familien finanziell als Folge ihres Entscheids unterstützen. Ich bringe den Antrag nach vorne.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich wurde direkt angesprochen, obwohl ich nicht angesprochen wurde. Ich wurde verbal nicht angesprochen, aber nonverbal wurde ich angesprochen, weil Jean-Jacques Winter mir in die Augen geschaut hat. Lieber Jean-Jacques, hast du es nicht mitbekommen, ich bin nicht mehr Landrat. Danke, dass ihr alle zuhört, das ist sehr nett. Als wir das Geschäft überwiesen haben, wurde ich bereits angegriffen. Man habe dieser Vorlage zugestimmt und somit seien wir mitschuldig. Wir hatten damals keine andere Wahl, weil sonst das ganz verheerend herausgekommen wäre mit den Schulkreisen. Dann gäbe es in Reigoldswil hinten keine Schule mehr. Und ich habe bereits gesagt, dass uns versprochen wurde, wenn es zu solchen Härtefällen kommt, dass man mit den betroffenen Eltern Kontakt aufnimmt und schaut, dass es zuerst die Kinder betrifft, die nahe an einer ÖV-Station sind, bereits ein U-Abo haben und wo die Eltern vielleicht sowieso froh sind, dass die Kinder über Mittag nicht nach Hause kommen etc. Das wurde uns versprochen. Ich habe gesagt, dass man etwas

---

glauben dürfen soll. Dann hat Jean-Jacques Winter gesagt, dass in der Politik nicht geglaubt wird, das gehöre in die Kirche. Ist ja egal. Du bist ein alter Fuchs, du weißt, dass man in der Politik manchmal auf einen Kompromiss eingehen muss und dann darf man nicht für jeden Satz, der in einer Vorlage steht, verantwortlich gemacht werden. Ansonsten kippt das ganze Geschäft, und dann muss man sich fragen, was besser ist. Aber ich muss dir ja keinen Politikunterricht geben.

**Cedric Roos**, Präsident: Jetzt probieren wir es wieder mit der Ernsthaftigkeit, das Schlusswort hat Franziska Pausa. Das ist erledigt. Gibt es sonst noch Wortmeldungen?

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe nur noch etwas zu sagen wegen dem Solidaritätsbeitrag. Wenn wir schon solidarisch sein sollen, dann sollten wir das ganze übernehmen. Ich hatte diese Situation auch, ich habe drei Kinder. Eine gewisse Zeit, war eines nicht mehr zuhause beim Mittagessen. Ich habe budgetmässig viel weniger gebraucht, weil ich das pro Mittagessen abzweigen konnte und es konnte in der Stadt etwas günstiger holen. Diese Eltern sparen zuhause ein bisschen etwas ein beim Mittagessen. Die Ohnehin-Kosten gibt es und die Differenz gibt man ihnen aus Solidaritätsgründen. Ansonsten gibt man ja doppelt und dreifach. Ich weiss, es ist ein Mist, ich hätte es auch nicht gern als Eltern. Aber ich habe jedes Mal gespart, wenn das Kind auswärts gegessen hat, das hat sich irgendwie aufgehoben.

**Cedric Roos**, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Das Geschäft als Ganzes ist noch nicht ganz abgeschlossen, die Beratung ist abgeschlossen. Wir kommen zur Detailberatung, diesmal führen wir sie durch.

**Andreas Bammatter**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Antwort des Gemeinderates

3. Anträge

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen. Mir liegen diverse Anträge vor. Jean-Jacques Winter, möchtest du an deinem Antrag festhalten? Nein, dieser Antrag wird zurückgezogen. Mir liegen zwei weitere Anträge vor. Den Antrag von Josua Studer haben Sie vorhin gehört, das ist die Kostenübernahme von sämtlichen Kosten. Wir haben einen zweiten Antrag auf namentliche Abstimmung. Ich schlage vor, dass wir die Gegenüberstellung der beiden Anträge durchführen, ansonsten haben wir zu viele Anträge. Das wird so akzeptiert. Die namentliche Abstimmung findet zur Gegenüberstellung der Anträge, Antrag des Gemeinderates gegen Antrag von Josua Studer, statt. Ich lese die beiden Anträge.

Antrag 1a

Die Kostenbeteiligung an die Eltern der betroffenen Allschwiler Schülerinnen und Schüler in der Höhe von CHF 1'131 pro Kind wird genehmigt.

Antrag 1b Josua M. Studer

Die Kostenbeteiligung an die Eltern der betroffenen Allschwiler Schülerinnen und Schüler in der Höhe von CHF 2'262 pro Kind wird genehmigt.

Es wird eine namentliche Abstimmung durchgeführt. Ich bitte Sie ja oder nein zu sagen. Ja heisst Antrag Gemeinderat, nein heisst Antrag Josua M. Studer.

Folgende Einwohnerräte stimmen für Ja: Adam Philippe, Balsiger Rahel, Bammatter Andreas, Benz Christoph, Bieri Armin, Bitterli Andreas, Bourgnon Jean-Claude, Brack Peter, Gnos Benedikt, Gosteli Julia, Hofmann Philippe, Huschke Gabriela, Kneier Kurt, Lochmann Matthias, Maurer Simon, Möller Thomas, Mollat Jérôme, Roth Evelyne, Selinger Barbara, Urscheler Rita, Vogt Jürg, Weber Killer Juliana, Winter Jean-Jacques, Wolf Stephan.

---

Folgende Einwohnerräte stimmen für Nein: Gürtler Kathrin, Klauser Liane, Roos Cedric, Studer Josua M., Studer Susanne, Tschui Hans-Peter, Uccella-Klauser Pascale, Von Arx Peter, Zimmermann Simon.

Enthaltungen: Keine.

Abwesend und entschuldigt: Adam Rolf, Brügger Lukas, Gruber Markus, Imhof René, Spiegel Florian, Wagner-Sakar Semra, Ulusoy Nedim

**Cedric Roos**, Präsident: Wir haben das Resultat der Abstimmung.

**:::**

Der Antrag des Gemeinderates obsiegt mit 24 zu 9 Stimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates. Das heisst, den Antrag des Gemeinderates gegen nichts.

**:::**

Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

**Antrag 2:**

Diese Kostenbeteiligung ist im Sinne einer Übergangslösung für das Schuljahr 2011/2012 befristet.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Antrag 3**

Der Kostenbeitrag an die betroffenen Eltern für das Schuljahr 2011/2012 in der Höhe von maximal CHF 7'917 wird bewilligt.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Antrag 4**

Die Motion Nr. 4014 wird als erledigt abgeschrieben.

**:::**

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung des Geschäft, ob wir das Geschäft abschliessen.

**:::**

Dem wird einstimmig zugestimmt.

615 01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 06.10.2010, betreffend  
Umgestaltung Baslerstrasse  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3964 / A

---

**Cedric Roos**, Präsident: Die Interpellation wurde schriftlich beantwortet. Josua Studer, bist du mit der Antwort zufrieden?



**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation. Ja, ich bin so weit zufrieden, möchte aber anfügen, dass hier eine grössere Kiste auf uns zu kommt. Es wurde grad ein Urteil gesprochen im Kanton Baselland. Die Baudirektion wollte den Verkehr umleiten in die Quartiere während der Bauarbeiten A2 und das ist nicht zulässig. Das heisst, das wird Auswirkungen haben, wenn die Baslerstrasse auf Allschwil umgebaut wird. Ursprünglich war es in der Spezialkommission Verkehr, die einmal bestanden hat, ein Thema, dass man gewissen Verkehr durch die Quartiere leitet. Hier müssen wir vorsichtig vorgehen, nicht dass wir hier ein Gerichtsurteil haben, das nicht in unserem Sinn ist. Ich habe entsprechend einen Antrag gestellt, dass die Spezialkommission Verkehr wieder ins Leben gerufen wird, weil das eine Wiederaufnahme dieses Projekts ist. Es ist wichtig, dass wir, die damals beteiligt waren, unser Wissen und das, was wir damals wollten, nochmals in die Neuplanung einbringen können. Ich bin sehr daran interessiert, wie der Kanton die Veloroutenführung an den Haltestellen vorbei machen möchte, wenn es Kap-Haltestellen sind. Sehr wahrscheinlich wird es mein Vorschlag sein, der damals in der Spezialkommission gestellt und angenommen wurde, nämlich hinten an den Tramhäuschen durch. Ich bin gespannt, ob wir das hinkriegen mit der Spezialkommission. Wenn es dann so weit ist, werde ich dies empfehlen. Es ist nur zu unserem Nutzen, denn es ist unsere Strasse, obwohl sie auch dem Kanton gehört.

**Cedric Roos**, Präsident: Möchte der Gemeinderat das Wort? Nein. Wird eine Diskussion gewünscht? Nein, kein Antrag. Somit ist die Interpellation beantwortet, der Antrag des Gemeinderates ist somit überflüssig.

616 01.030 Einwohnerrat

#### **Traktandum 7**

Interpellation von Josua M. Studer, SD, vom 25.03.2011, betreffend  
Übermässige und ungepflegte Plakatierung  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3997 / A

---

**Cedric Roos**, Präsident: Josua, bist du zufrieden mit der Antwort?

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Nicht ganz. Grundsätzlich bin ich froh, dass der Gemeinderat das Problem sieht, das ich gesehen habe mit der Plakatiererei. Der Nationalratswahlkampf zeigt noch schlimmeres Ausmass als der Landratswahlkampf. Ich bin gespannt, wie es schlussendlich aussehen wird bei uns. Wir Parteien wurden von der Polizei angeschrieben mit einem interessanten Flyer. Sie zeigen uns auf, wo man plakatieren darf und wo nicht. So müsste man fast sämtliche Plakate auf öffentlichem Grund abhängen. Ich bin gespannt, ob der Kanton hier hart durchgreift. An Laternenmasten etc. ist es nicht zulässig. Wenn man über Oberwil fährt, dann ist Claude Janiak an jedem Laternenpfahl aufgehängt, wie wenn es einmal nicht reichen würde, dieses Bild anzuschauen. Ich finde es furchtbar, wenn man an jedem Pfosten immer das gleiche Bild anschauen muss, egal von welcher Partei. Hier hat man das Gefühl, dass etwas gehen muss. Wir haben in Allschwil ein Reglement, das klar aussagt, wie man plakatieren darf. Es ist für mich erstaunlich, wenn der Gemeinderat in der Beantwortung schreibt, dass in der Parkanlage Lindenplatz plakatiert werden darf. Wir haben das vor Jahren hier auch behandelt. Aber es ist ein Hoheitsgebiet der CVP, dort stellen sie immer zuerst ihre Plakate auf, obwohl die Lindenplatzgegend mehr rot/grün ist als christlich, das erstaunt mich. Dort hat der Gemeindepräsident gesagt, dass dies zulässig sei. Das hat mich erstaunt, denn wir haben eine klare Auflistung in der Verordnung der Plakatierung, 10.4, wo das freie Plakatieren auf welchen Arealen bewilligt ist. Da steht nichts vom Lindenplatz. Wenn man in Wikipedia liest, was Areal heisst, dann ist das eine Fläche. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, ich hätte eine andere Auffassung als er, das gibt es. Aber ich beziehe mich auf ein Reglement und da wird von einem Areal geredet. Er sagt "entlang der Strasse". Jetzt stellt sich die Frage, was entlang der Strasse heisst. Sind drei bis vier Meter immer noch entlang der Strasse? Der Gemeindepark wird auch explizit erwähnt. Entlang der Strasse beim Gemeindepark darf man plakatieren, ohne dass es speziell in der Verordnung steht. In 10.4 steht, dass man das Areal nutzen darf, dann heisst das, dass man diesen Teil im Park nutzen darf. Ich frage mich, ob die Hundebesitzer Plakate anschauen oder dem Hund zuschauen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wenn die Plakatwände der Gemeinde aufgestellt werden, spätestens dann sollte die vorzeitige Plakatierung

---

entfernt werden. Der Gemeinderat schreibt von ergänzenden Plakaten, die man selber aufstellt. Das ist irgendwie falsch, denn ergänzend ist, wenn etwas zusätzlich ist. Die Gemeinde stellt ihre auf, und dann kommen wir Parteien und stellen auch auf. Aber es ist umgekehrt, die Parteien sind zuerst und dann kommt die Gemeinde. Die Gemeinde muss schauen, wie sie die Zeltplakatwände hinstellen kann, damit man immerhin die Köpfe dort auch noch sieht, und dass sie nicht verdeckt sind von denen, die bereits stehen. Es ist ein Wildwuchs und das ist absolut unnötig. Ich beharre darauf, dass der Lindenplatz offiziell nicht zulässig ist für die Plakatierung, ansonsten müsste man die Verordnung anpassen. Wenn der Gemeinderat anderer Meinung ist, dann mache ich ihm beliebt, dass er bei der Verordnung Artikel 10.4 streicht, denn es braucht ihn dann nicht. Alles, was er hier aufführt, ist an der Baslerstrasse. Dann müsste man das alles nicht ausführen und man kann den Artikel streichen.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Es wird nicht nur mehr plakatiert als in früheren Jahren, sondern auch früher. Wenn Sie vor einem Monat mit dem Auto in der Schweiz unterwegs waren, dann fällt auf, dass das ganze Baselbiet voller Plakate ist, und im ganzen Rest der Schweiz gab es zum damaligen Zeitpunkt kein einziges Plakat. Das hat sich jetzt, wo die Wahlen langsam näher kommen, geändert. Wir haben es hier nicht mit einem Allschwiler Problem zu tun, sondern offenbar mit einem Baselbieter Problem. In diesem Zusammenhang haben Sie vielleicht gestern den Tagesschaubeitrag gesehen beim Schweizer Farbfernsehen, wo Sie den Vergleich gesehen haben zwischen der Gemeinde Münchenstein und der Gemeinde, ich glaube, es war Dietikon, wo dies auch thematisiert wurde. Insofern hat der Gemeinderat Verständnis für das Anliegen von Josua Studer. Es stellt sich die Frage, ob und wie der Plakatflut begegnet werden sollte. Nach Auffassung des Gemeinderates verletzen die vielen Plakate die gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen nicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie als Partei die Information der Kantonspolizei erhalten haben. Mir liegen sie noch nicht vor, ich bin sehr gespannt darauf. Für den Gemeinderat hat die politische Meinungsäusserung einen hohen Stellenwert. Der richtige Ansatz sind nicht neue gesetzliche oder reglementarische Bestimmungen, sondern Selbstregulierung durch die Parteien. Wenn Sie aber zur Erkenntnis kommen, dass Sie als Parteivertreter nicht fähig sind, sich untereinander zu einigen, dann wird der Gemeinderat erst dann handeln, wenn Sie uns mit einer Motion explizit den Auftrag geben. Josua Studer hat gesagt, so wie er die Verordnung liest, dass es am Lindenplatz nicht zulässig sei. Ich meine, es sei dort zulässig, aber ich werde mich gerne nochmals damit beschäftigen. Ich habe leider die Verordnung im Wortlaut nicht vor mir liegen und kann darum jetzt keine Stellung dazu nehmen. Die aktuelle Situation ist so, wenn Parteien beim Lindenplatz Plakate aufstellen und die Gemeinde erst später ihre aufstellt, dann platziert die Gemeinde ihre Plakate so, dass sie gut gelegen sind. Sie wird notfalls solche, die störend sind, wegnehmen. Die Unterstellung, dass der Gemeindepräsident die eigene Partei in irgendeiner Weise bevorzugt beim Plakatieren, entbehrt jeglicher Grundlage und ich finde diese Behauptung völlig verfehlt.

**Cedric Roos**, Präsident: Josua, wünschst du eine Diskussion?

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Ja, sehr gern.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir stimmen darüber ab, ob es eine Diskussion gibt.

**://:**

Eine Diskussion wird mit 19 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Somit gibt es keine Diskussion, vielleicht können wir das im Rahmen einer Motion besprechen zu einem anderen Zeitpunkt.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Josua Studer war so freundlich und hat mir die Verordnung gegeben. Hier heisst es: „Das freie Plakatieren ist auf folgende Areale der Gemeinde beschränkt“, das heisst also, dass es dort zulässig ist. „Parkanlage Lindenplatz, entlang Baslerstrasse“. Das heisst, dass man an der ganzen Front entlang von der Tramhaltestelle Plakate ins Lindenplatzareal hineinstellen darf. Nicht erlaubt wäre es zum Beispiel gegenüber von Coop, Migros, Coiffure. Dies ist eine kleine Ergänzung.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit ist dieses Traktandum geschlossen und wir kommen zum nächsten.

---

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich erlaube mir zwei Sachen zu sagen, es heisst immer, ich sei ein alter Fuchs hier drin. Es ist Usus, wenn jemand eine Diskussion verlangt bei der Interpellation, dass man ihm das gibt. Das hat schon Max Ribi hier ganz klar gesagt. Ich finde es nicht mehr als richtig, wenn jemand diskutieren möchte. Man kann ja dann immer noch schweigen. Zu der Situation mit dem Plakatieren. Es wurde gesagt, dass die Parteien etwas machen sollen. Ich erlaube mir alle Partei- und Fraktionspräsidenten...

[Cedric Roos unterbricht Jean-Jacques Winter.]

**Cedric Roos**, Präsident: Lieber Jean-Jacques, wir verschieben diese Diskussion, bis eine Motion eingereicht wird. Wir haben dein Anliegen zur Kenntnis genommen. Alle Parteipräsidenten sind von Jean-Jacques Winter eingeladen zu einer Diskussion über diese Thematik im Rahmen einer privaten Besprechung.

Wir machen jetzt Pause bis um 20.00 Uhr. Jetzt gebe ich Jean-Jacques Winter nochmals das Wort, weil er hat noch ein paar Schoggitaler zu verkaufen.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ihr habt am Anfang der Sitzung diese Broschüre erhalten, Biodiversität. Unser Förster und der Forstverband sind sehr interessiert am Wald. Das Thema der Schoggitaler in diesem Jahr ist die Biodiversität im Wald. Es gibt eine Klasse im Bettenacker, die seit Jahren das Biotop im Sporn unterhält. Mit der Schoggitaleraktion kann man zwei Sachen erreichen. Erstens die Aktion unterstützen und zweitens Familien entlasten, denn diese Klasse geht nächste Woche in ein Lager, Jonglieren und Singen. Mit jedem Schoggitaler wird es CHF 0,5 billiger für die Eltern.

PAUSE

**Cedric Roos**, Präsident: Wir fahren mit der Sitzung fort, wir haben noch knapp 25 Minuten und fahren fort mit dem INFOFENSTER des Gemeinderates. Gibt es Informationen vom Gemeinderat? Wem darf ich das Wort geben? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir direkt zur Fragestunde.

FRAGESTUNDE

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zur Frage 1 von Julia Gosteli. Christoph Morat, du hast das Wort. Ich bitte dich, die Frage kurz zu skizzieren für den Zuschauerraum.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Fragenbeantwortung. Julia Gosteli stellt die Frage über das Mehrfamilienhaus Lilienstrasse 35 und 37. Das Mehrfamilienhaus ist seit Jahren in einem desolaten Zustand, es sind maximal ein bis zwei Wohnungen bewohnt. Weiss der Gemeinderat, warum dies so ist? Und hat der Gemeinderat Möglichkeiten Einfluss auf eine sinnvolle Weiterverwendung zu nehmen? Die Liegenschaft wäre prädestiniert für günstige Familienwohnungen. Die Liegenschaft Lilienstrasse 35 und 37 gehört einer Immobiliengesellschaft mit Sitz in Allschwil und ist somit in Privatbesitz. Der Gemeinderat hat absolut keine Möglichkeit Einfluss zu nehmen auf allfällige Sanierungen bzw. auf Weiterverwendung. Das ist ganz alleine eine Privatsache und da haben wir keinen Einfluss darauf.

**Cedric Roos**, Präsident: Julia Gosteli, bist du zufrieden mit der Antwort oder hast du noch eine Anschlussfrage?

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Es war eigentlich mein Anliegen, ich bin zufrieden mit der Antwort. Ich habe schon gedacht, dass man nichts machen kann. Ich wollte es einfach einmal festhalten. Mir ist das aufgefallen und ich wurde mehrfach darauf angesprochen, weil es offensichtlich eine Vernachlässigung

---

ist und dieses Haus mehr und mehr verkommt, Pflanzen werden nicht geschnitten und es macht niemand etwas. Gehe ich recht in der Annahme, dass man in so einem Fall nie etwas machen kann?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ja, das ist richtig, denn der Privatbesitz ist eines der höchsten Güter in der Schweiz.

**Cedric Roos**, Präsident: Damit kommen wir zur Frage Nummer 2. Ich habe mittlerweile erfahren, dass der Zuschauerraum die Fragen erhalten hat.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Die Frage Nummer 2 richtet sich an die Baslerstrasse 275. Dazu ein paar Eckdaten, ich kann nicht allzu ausführlich werden, was im Verlauf meiner Ausführungen klar wird. Das Projekt ist mit der Baubewilligung vom 25. November vom Bauinspektorat Baselland bewilligt worden. Am 18. April 2011 war der Bauausschuss zur Beurteilung eines Farb- und Materialkonzepts in dieser Liegenschaft. Er musste bei dieser Begehung feststellen, dass verschiedene Punkte nicht gemäss den bewilligten Plänen ausgeführt wurden. Daraufhin wurde das Bauinspektorat Baselland eingeschaltet, am 19. April 2011, und die haben einen Baustopp verfügt, Bauen entgegen der Bewilligung. Das war eine schriftliche Verfügung mit Rechtsmitteln, datiert vom 29. April 2011. In der Zwischenzeit hat der Grundeigentümer einen Rekurs eingelegt, das ist sein Rechtsmittel, den er beschreiten kann, gegen den Baustopp. Somit befinden wir uns in einem laufenden Verfahren und es ist klar, dass sich der Gemeinderat nicht gross dazu äussern kann. Es ist im Moment Sache der Baurekurskommission, das ist eine regierungsrätliche Kommission, die eingesetzt wird für Streitigkeiten, die gegen den Entscheid des Bauinspektorats gefällt werden. Die beurteilen das nochmals und aus diesem Grund ist im Moment dort ein Baustopp.

Auf dem Areal wurde eine Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan eingegeben, da kam eine Anfrage an den Gemeinderat. Das ist möglich gemäss unserem neuen Zonenreglement Siedlung. Der Gemeinderat hat am 17. August beschlossen, dass wir die Anfrage im Moment sistieren, weil es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Das sollte alles nach einheitlichem Plan stattfinden, inklusive die Liegenschaft Baslerstrasse 275. Somit ist das alles bis zum Entscheid der Baurekurskommission auf Eis gelegt.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es Anschlussfragen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Frage 3 von Gabi Huschke.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei der Frage zum Grabenringkreisel kann man sagen, dass das Versprechen, das der Gemeinderat damals gegeben hat, vom Kanton vollumfänglich eingelöst wurde. Es gibt eine Velospur, die direkt vom Baselmattweg über den Veloweg über den Fussgängerstreifen in die Gartenstrasse hineinführt und somit als Schulweg zur Verfügung steht. Was jetzt noch fehlt, ist im Ecken Gartenstrasse/Baslerstrasse ein Stück Trottoir, das gemeinsam mit dem Velofahrer genutzt wird. Dort wird jetzt am Boden vom Kanton eine Markierung angebracht. Aber grundsätzlich kann man sagen, dass dies dem Zustand entspricht, den wir versprochen haben und den der Kanton auch eingelöst hat.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es Anschlussfragen?

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich freue mich auf die Markierung am Boden. Mir fehlt aber schon die über den Fussgängerstreifen. Ich bin heute hierher gefahren über den Fussgängerstreifen. Da werde ich nicht gelenkt. Wenn man es weiss, dann macht man das. Aber wenn man es nicht weiss, dann denkt man, dass man eine Verkehrsübertretung macht.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Die Strecke wird eigentlich von Ortskundigen befahren, Schüler, Bewohner etc. Deswegen gehen wir davon aus, dass der Radfahrer den Weg findet, den er sucht. Es gibt zwei Möglichkeiten. Der Velofahrer kann sich über den Kreisel in der Fahrbahnmitte bewegen und den Kreisel durchfahren, und jede zur Verfügung stehende Ausfahrt verwenden. Die zweite Möglichkeit ist eben die hier, und das ist gut möglich, weil man dort den Fussgängerstreifen mit dem Velo überfahren darf, das hat uns die Polizei mitgeteilt. Der Velofahrer darf den Fussgängerstreifen befahren, hat aber keinen Vortritt gegenüber dem motorisierten Verkehr. Das ist der wesentliche Unterschied zum Fussgänger, der

---

hat nämlich auf dem Fussgängerstreifen 100% Vortritt. Der Velofahrer darf darüber fahren, weil es als Fahrbahn ist, aber er hat keinen Vortritt. Darum wurde hier keine Fahrspur für Velofahrende ausgeschildert, weil das zu einer Konfliktsituation zwischen dem Tram mit dem hohen Tempo und den Velofahrenden käme. Darum hat man sich auf den extra breiten Fussgängerstreifen geeinigt.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Eigentlich heisst das, dass es legal ist, aber man es eigentlich nicht will? Die Schüler sollen also doch gefährlich rundherum. Es ist nicht angezeigt, ich finde man sollte da unbedingt ein Velozeichen machen und anschreiben. Es ist es sehr unübersichtlich.

**Josua M. Studer**, SD, fraktionslos: Sie haben es grundsätzlich richtig gesagt, aber es ist etwas Gefährliches. 100% Vortritt habe der Fussgänger auf dem Fussgängerstreifen. Nein, das Tram hat Vortritt, der Bus muss halten. Der Fussgängerstreifen darf überfahren werden mit dem Velo, aber ohne Vortrittsrecht. Man wünscht, dass die Kinder absteigen, so hat man es uns im Landrat gesagt. Wenn man es markieren würde, dann gäbe es ein Vortrittsrecht gegenüber dem Auto oder einem Töffli, aber nicht gegenüber dem Tram. Das Tram hätte immer noch Vortritt und die Kinder wägen sich in falscher Sicherheit. Wir kennen diese Situation mit einer Markierung bei der Markthallenbrücke. Das ist sehr gefährlich, der Velofahrer wägt sich in Sicherheit. Wenn es dort klöpft, dann sieht er schlecht aus. Das ganze Recht nutzt ihm nichts, wenn er danach ein paar Meter unter dem Boden liegt. Wir müssen die Kinder dazu bringen, dass sie über den Fussgängerstreifen laufen. Es sind ortskundige Kinder, und die Eltern und Lehrer haben hier Aufklärungsmöglichkeit. Plakate verwirren nur, wir haben sonst schon genug.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Es ist vielleicht ein Nebenpunkt, aber es ist mir ein grosses Anliegen, was das 100% Vortrittsrecht der Fussgänger auf dem Zebrastreifen angeht. Die Argumentation hat dazu geführt, dass die Unfallzahlen, nachdem man dieses Vortrittsrecht eingeführt hat, markant angestiegen sind. Viele Fussgängerinnen und Fussgänger sind der Meinung, dass sie 100% Vortritt haben und laufen einfach drauf los. Das ist es eben nicht. Man darf den Fussgängerstreifen nicht abrupt betreten, sondern man muss schauen, ob das Auto rein physikalisch die Möglichkeit hat anzuhalten zur Vermeidung von unnötigen Unfällen. Fussgängervortritt ja, aber man muss trotzdem vorher schauen.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zur Frage Nummer 4 von Gabi Huschke.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Es geht um die Turn- und Konzerthalle. Frage 1: Es stimmt, dass sich Interessenten bei der Gemeinde gemeldet haben, vor allem Interessenten, die am Schulhaus Interesse haben, an der TuK selber gab noch kein riesiges Interesse. Die Haltung des Gemeinderates hat sich nicht geändert, sie ist nach wie vor so, dass bis 2016 die Turn- und Konzerthalle gebraucht wird für den Turnunterricht des Schulhauses Gartenstrasse und für diverse Anlässe von Vereinen oder auswärtigen Anbietern. Die Gemeinde kann sich gut vorstellen, die Idee eines Blogs auf der Gemeindefwebseite aufzuschalten. Gabi Huschke hat geschrieben: „Nur schon an eine Renovation der TuK zu denken, sei daneben“. Es ist nicht daneben, daran zu denken, aber es ist noch zu früh. Und es ist auch zu früh für diesen Blog. Wir sollten jetzt mit Hochdruck an unserem Projekt 'Unser neues Schulhaus' arbeiten. Wir werden in Kürze wieder einmal Informationen abgeben dazu. Alles, was mit der Turn- und Konzerthalle und mit dem Schulhaus Gartenstrasse zu tun hat, da haben wir uns dazu bekannt, dass wir eine Nachnutzung suchen. Diese Nachnutzung ist aktuell ab 2016. Bis 2013, wenn die Volksabstimmung stattfindet, würde ich nichts unternehmen. Das ist auch die Haltung des Gemeinderates.

**Gabi Huschke**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, dass es einer der wenigen Orte in Allschwil ist, wo wir einen grossen Raum haben, der ein bisschen Cachet hat. Wenn man beim Schulhaus Gartenstrasse schon anfängt, Wohnraum zu planen, dann hat es eine Auswirkung, wenn man die Halle als Konzerthalle nutzen möchte. Das hat einen Einfluss wegen der Lärmbelastung, wenn man dort vis à vis Wohnraum schafft. Das hängt ein bisschen zusammen, aber ich kann damit gut leben, dass man hier noch wartet. Ich fände es gut, wenn beim Thema Schulhaus oder Tagesschule relativ breit aufgemacht wird und geschaut wird, dass verschiedene Kreise mitreden können, damit es nicht eine Abstimmung gibt, die dann wieder bachab geht à la Wegmatten. Ich fände es toll, wenn man hier die Bevölkerung ein bisschen mit einbezieht.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das mit der Lärmbelästigung bei Konzerten und anderen Anlässen ist mir seit ungefähr 23 Jahren bekannt. Wir haben nämlich damals die ersten Discos organisiert in dieser Halle zugunsten des Jugendtreffpunkts Allschwil. Es liegt in einem bewohnten Gebiet und es ist nicht ganz einfach mit dieser Turn- und Konzerthalle. Das Weder-Fisch-noch-Vogel-Konzept, das wir dort haben, ist dem Gemeinderat bekannt. Es liegen auch immer wieder Reklamationen vor von Nachbarn. Da kommt es auf ein paar mehr vielleicht nicht darauf an. Wie gesagt, die Nachnutzung erst ab 2016.

**Cedric Roos**, Präsident: Wir kommen zur Frage Nummer 5 von Gabi Huschke.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Ich darf für Arnold Julier antworten und zwar in dem Sinn, dass diese Bitte und diese Zahlen in der Einwohnerratssitzung vom November in Kombination mit dem Postulat Familienergänzende Kinderbetreuung beantwortet werden. Dort werden alle Zahlen, die aktuelle Warteliste mit diesen Unterteilungen gebracht.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es Anschlussfragen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Frage 6 von Jérôme Mollat.

**Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Jérôme Mollat hat sich orientiert darüber, dass wir eine Schiefelage haben bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse. Das ist so, dort ist auch die Gemeinde Allschwil angeschlossen, wie das fast alle Gemeinden sind. Die Unterdeckung ist massiv, du hast sie angegeben mit 77%, inzwischen ist sie noch tiefer bei rund 74%. Es ist schon länger bekannt, der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um Lösungen zu erarbeiten. Das ist bereits ein paar Jahre her, in der Zwischenzeit sind wir ein paar Schritte weiter mit dieser Arbeitsgruppe. Wir durften letztes Jahr im Rahmen der Personalverbände bei dieser Arbeitsgruppe mitarbeiten, darum weiss ich relativ detailliert Bescheid. Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde Allschwil wird es selbstverständlich geben. Wir sind dieser Kasse angeschlossen und wir haben an dieser Unterdeckung zu partizipieren. Frankenbeträge zu nennen ist enorm schwierig, aber es werden mehrere Millionen sein, ein zweistelliger Millionenbereich, der auf Allschwil zukommen wird. Es hängt von den Verhandlungen ab. Es geht um Fragen, wie viel bezahlt der Arbeitnehmer und wie viel der Arbeitgeber, in welchem Ausmass sollen Vorpensionierungen möglich sein, Teuerung auf der Rente, Überbrückungsrente etc. Es stellen sich viele Fragen und wir können zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, was am Schluss herauskommt. Es ist die Frage, wie man die Kosten verteilt, 50 zu 50 Arbeitgeber zu Arbeitnehmer oder 60 zu 40 Arbeitgeber zu Arbeitnehmer, das ist alles noch offen, darum möchte ich keine Zahl nennen. Es wird eine hohe zweistellige Millionenzahl, davon gehe ich aus. Werden diese im Budget und im Finanzplan abgebildet, ist die Frage. Das haben wir uns überlegt, wir haben im Budget 2012 nichts abgebildet. Es wird eine Sanierung der Kasse geben und die Beschlüsse werden fallen auf 1.1.2014, sodass wir dann aufgrund der aktuellen Bundesgesetzgebung, mit den neuen Vorschriften vom Bund zum BVG, wo die Basisdeckung vorgegeben ist etc. ins Auge fassen, ab 2013 im Finanzplan Geldbeträge einzustellen für den Wegkauf der Deckungslücke für diesen Teil, der auf der Arbeitgeberseite anfällt. Das wird ein dreistelliger Tausenderbetrag sein im mittleren Segment, denke ich. Dann ist da noch die Frage: Wie stellt sich der Gemeinderat zu einem möglichen Primatswechsel? Die Kasse ist nach wie vor im Leistungsprimat, das heisst, dass die Leistung definiert ist und die Kasse trägt das Risiko, ob sie, wenn ich in Pension gehe, die Leistung bezahlen kann oder nicht. Das ist heute langsam in die Jahre gekommen. Die meisten privaten Pensionskassen haben Beitragsprimat. Es geht auch darum, ob man zwischen den einzelnen Kassen wechseln kann, ob wir konkurrenzfähig sind, theoretisch braucht man dann das gleiche Primat. Das gilt übrigens auch für den Deckungsgrad von 100%, denn nur dann sind wir wirklich transparent. Wenn ich von der Kasse weggehe, dann werde ich auf 100% ausfinanziert und diejenigen, die bleiben, die bezahlen das, was ich zu viel mitnehme. Umgekehrt haben wir das auch, ich komme in die Kasse hinein und verliere grad einmal, obwohl ich alles mitbringe. Das hofft man zu lösen und im Zentrum steht der Primatswechsel auf das Beitragsprimat. Das heisst, ich beziehe so viel Rente, wie im ich Laufe meiner Karriere Beiträge einbezahlt habe, mit dem Resultat, dass man dort grundsätzlich das Risiko übernimmt. Die Frage ist, wie viel meine Beiträge dann noch wert sind, wenn sie umgerechnet werden und zu welchem Satz werden sie umgerechnet, wenn ich in die Pension gehe. Das sind Diskussionen, die geführt werden in den Verbänden und mit der Regierung. Wir denken heute geistig an beides, an einen Primatswechsel aber auch an die Möglichkeit eines optimierten Leistungsprimats. So wie es heute besteht, wird es wahrscheinlich nicht weiterbestehen. Auf Gemeindeebene werden wir letztlich wahrscheinlich dem Kanton folgen müssen und ein ähnliches System übernehmen wie der Kanton bei seinem Personal.

**Jérôme Mollat**, FDP/GLP-Fraktion : Danke für die Ausführungen. Meine Frage wäre, ob sich Allschwil vorstellen kann, vorzeitig einen Primatswechsel vorzunehmen, ähnlich wie es die BLKB gemacht hat, damit man bereits früher dieses System verlassen könnte.

**Anton Lauber**, Gemeinderatspräsident: Daran haben wir nicht gedacht. Wenn der Kanton sich intensiv mit diesem Thema befasst, dann können wir das machen, wenn im Kanton Klarheit besteht. Das ist die beste Lösung, auch der zeitliche Horizont wäre jetzt sehr knapp. Dazu käme auch die Frage der Umlagekosten. Es kostet auch Geld, wenn wir vom Leistungsprimat ins Beitragsprimat wechseln. Auch da sind viele Fragen offen, was die Gemeinde für das bezahlen muss. Da warte ich gern ab, was der Kanton für eine Lösung am Schluss hat.

**Cedric Roos**: Wir kommen zur Frage 7 von Andreas Bammatter.

**Franziska Pausa**, Gemeinderätin: Die Waldtage seien sehr schön und informativ gewesen. Ich habe die Fragen der Schulleitung vorgelegt und beantworte sie entsprechend. Ich möchte mit der Frage 3 anfangen: Die Information, also kein Flyer, ist an der Schulhausdelegiertensitzung vom 25. August weitergegeben worden. Die Einladung zur Teilnahme mit einem Hinweis auf die Webseite wurde auf einem Aushang für alle Schulhäuser und Kindergärten festgehalten. Die Flyer musste man sich selber ausdrucken. Die Schulleitung hält fest, dass die Waldtage bei weitem nicht das einzige Angebot sind, das an sie gelangt. Ausstellung, Sport, Museum, Erlebnisanlässe verschiedenster Art werden durch die Schulleitung an die Schulhäuser weitergeleitet. Nicht nur an der ersten Sitzung im Schuljahr, aber besonders dann, kommen nicht wenige Informationen zusammen. Das führt zur Frage 1. Gerade zum neuen Schuljahresanfang sind die Lehrkräfte vor allem mit ihrer Kernaufgabe der Klassenführung und vom Unterrichten im Zimmer sehr stark beansprucht. Viele brauchen durch Neubildungen und neue Zugänge für die Kinder bis zum Herbst eine gewisse Ruhe, also mehr Ruhe als sonst. Darum ist eine gewisse Zurückhaltung da zwischen dem Sommersemesteranfang und den Herbstferien, das sind nur sechs oder sieben Wochen, gut verständlich. Zudem braucht es, was offenbar in der jetzigen Zeit auch nicht mehr einfach ist, immer eine Begleitperson bei 24 Kindern für einen ganzen Tag. Offenbar ist es nicht mehr so einfach, eine Person zu finden, die den ganzen Tag mitkommt und mithilft. Zudem müssen auch sehr viele Absprachen laufen mit anderen Lehrpersonen, Abtausch mit Textil, Musik, Förderlehrpersonen. Auch in den Primarklassen sind immer sehr viele Lehrer mitbeteiligt, wo es umorganisiert werden muss. Zur Frage 2, ob noch andere Klassen teilgenommen haben von der Primarschule. Die Primarschule hält fest, dass sie so weit nicht informiert ist und sagt, dass die Lehrkräfte individuell entscheiden dürfen, ob sie auf Angebote eingehen oder nicht. Von der Schulleitung Sekundarschule teilte mir Herr Ambühl mit, dass drei Klassen mitgemacht haben und er argumentiert ähnlich, warum es nicht mehr waren. Er sagt, dass in diesem Zeitraum nach den Sommerferien und zwischen Herbstferien immer der Sporttag und ein Wandertag stattfinden und dass sehr viele Klassen noch Lager haben. Bei ihnen gibt es ein ähnliches Problem, dass es mit Wahlklassen und anderen Lehrern sehr viel abzutauschen gibt. Aber immerhin waren doch drei Klasse der Sekundarschule dabei.

Zur Schlussfrage oder was auch immer damit gemeint ist, rhetorisch, was wir machen müssen für solche Angebote. Mit der Schulleitung bin ich schon länger im Gespräch bezüglich Aktivitäten und Nutzung von solchen Angeboten.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank, ich musste ein bisschen das Ventil aufmachen, weil wir viel Geld investieren von vier Kantonen. Es werden extra Schultage angeboten und dann hört man nachher, dass im Vergleich zu vor vier Jahren noch die Hälfte der Klassen ging, oder vielleicht waren es ein paar mehr. Ich bin GPK-Präsident und die, die in der GPK sind oder zugehört haben, wissen, dass wir hier schon öfters hier diskutiert haben in Zusammenhang mit der Nutzung des Heimatmuseums. Das sind öffentliche Sachen, die zur Bildung beitragen und relativ wenig genutzt werden. Ich danke der Gemeinderätin, dass sie das in Angriff nimmt und mit den Lehrern schaut, dass die Angebote, die für alle da sind, auch von den Schülern genutzt werden. Einmal alle vier Jahre in den Wald gehen, ist glaub nicht zu viel.

**Cedric Roos**, Präsident: Gibt es noch mündliche Frage? Das ist nicht der Fall, dann schliesse ich die Sitzung und wünsche einen schönen Abend.

**Julia Gosteli**, Grüne Fraktion: Ich mache es ganz kurz, ich bin auch FCB-Fan. Auf diesem Terminplan hier ist eine Motion der Grünen, die wir eingereicht haben, wie ein Gespenst verschwunden. Das wird noch nachgereicht, das hat mir Cedric Roos versprochen. Ich möchte das sagen, damit es im Protokoll erscheint.

ENDE